

KONTAKTIEREN SIE UNS JETZT!

 www.afd-fraktion-mv.de

 kontakt@afd-fraktion-mv.de

 @AfDFraktionMV

 @afdfraktion_mv

 @AfDFraktionMV



Nikolaus Kramer

Innenpolitischer Sprecher

V.i.S.d.P. AfD-Fraktion MV, Nikolaus Kramer
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin



Ein Staat, der seine Bürger wirklich schützt

Zu den Kernaufgaben des Staates gehören die Garantie der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Pflicht zum Schutz von Leben, Freiheit, körperlicher Unversehrtheit und Eigentum des Einzelnen korrespondiert hierbei mit dem staatlichen Gewaltmonopol. **Kommt der Staat seinen Schutzpflichten nicht nach, schwindet seine Akzeptanz in der Bevölkerung.**

Das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung hat infolge der desaströsen Politik der Altparteien in den letzten Jahren erheblich gelitten. Wir wollen, dass die Sicherheit tatsächlich erhöht wird, so dass damit auch Schritt für Schritt das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung und **damit auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wieder zurückkehrt.** Die Gewährleistung der Sicherheit der Bürger ist ein zentraler Zweck des Staates sowie Voraussetzung für Freiheit, Demokratie und Wohlstand.

Rechtsstaatlich geordnete Sicherheit wird dort infrage gestellt, wo der politische Wille zu ihrer Durchsetzung fehlt. Am auffälligsten ist dies an der derzeitigen Migrationspolitik erkennbar. Eine der Folgen der gegenwärtigen unkontrollierten Masseneinwanderung besteht in der dramatischen Zunahme des Anteils nichtdeutscher Tatverdächtiger an der Kriminalitätsentwicklung.

Zunehmende Straßengewalt, Terror und Kriminalität sind jedoch keine Naturereignisse, die man kritiklos hinnehmen muss. **Sie sind menschengemacht und haben Ursachen, die man bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun.**

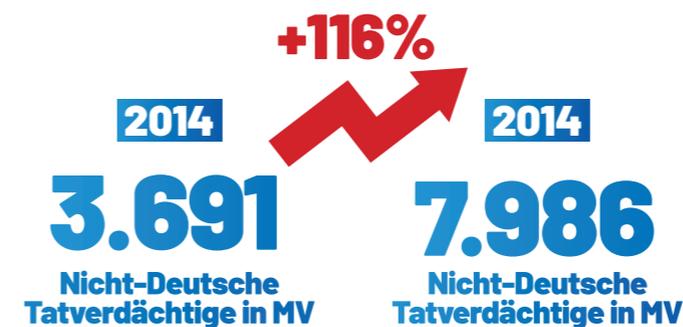
Gefahren erkennen und gegensteuern

Die Zahl nicht-deutscher Tatverdächtiger (ohne aufenthaltsrechtliche Straftaten) erreichte in 2023 mit **7.968 einen neuen Rekordwert.** Zum Vergleich: im Jahr 2014 waren es nur 3.691 nicht-deutsche Tatverdächtige. Für diese Entwicklung mit Jahr um Jahr Tausenden von Opfern ist die Politik der Altparteien in Bund und Ländern verantwortlich. Die Lösung ist einfach: **strikt begrenzte, an den Interessen der Deutschen ausgerichtete Einwanderung und Remigration für nicht integrierbare, insbesondere kriminelle Ausländer.** Wer nicht (mehr) hier ist, begeht hier auch keine Straftaten.

Jeden Tag wird mindestens eine Person in MV mit einem Messer attackiert. Insgesamt 185 Personen wurden dabei zum Teil schwer verletzt. Dies muss als klare Enthemmung und auch Verrohung der Gewalt in unserem Land betrachtet werden, denn Messerangriffe erfolgen häufig auch aus einer Tötungsabsicht heraus.

Die Rolle eingewanderter Krimineller im Kriminalitätsgeschehen Mecklenburg-Vorpommerns ist insgesamt erheblich. Bei allen Kriminalitätserrscheinungen muss das bedacht und bewertet werden. Es darf keine Klagen über eine angebliche allgemeine Verrohung der deutschen Gesellschaft geben, **wo in Wahrheit die Politik der Masseneinwanderung die Ursache ist.** Echte Sicherheitspolitik beginnt bereits bei der Ursachenbekämpfung und Präventivmaßnahmen.

In Städten wie Schwerin und Rostock haben sich mit dem Marienplatz oder den Wallanlagen bereits Hotspots der Kriminalität herausgebildet. Hier braucht es endlich **einen politischen Willen und effektive Gegenmaßnahmen.**



SICHERE HEIMAT!

RECHT | ORDNUNG | FREIHEIT



FRAKTION IM LANDTAG
MECKLENBURG-
VORPOMMERN

Linksextremismus als unterschätzte Gefahr

Wir wollen einen Rechts- und Verfassungsstaat der nicht auf dem linken Auge blind ist und auch die latente Bedrohung des Islamismus nicht unterschätzt.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern wächst und gedeiht eine vielfältige linke Szene mit klaren Bezügen in ein erweitertes extremistisches Umfeld, welches von großzügigen staatlichen Alimenterungen profitiert und auf Netzwerke bis zu den Spitzenpolitikern des Landes zurückgreifen kann. Sogenannte „Antifa-Kaffeefahrten“ bei denen Teilnehmer schwer bewaffnet durch das Land touren und politische Gegner bedrohen und einschüchtern, werden vom linken Parteienblock im Land bereitwillig gestützt und im Landtag verteidigt. Schon im Jahr 2014 verkündete die damalige Bundesfamilienministerin und heutige Ministerpräsidentin von MV, Manuela Schwesig, dass der Linksextremismus im Land ein „aufgebauschtes Problem“ sei. Bis heute hat sich Frau Schwesig auch nach zahlreichen Ausschreitungen und Gewaltexzessen auf linken Demonstrationen nicht von dieser Aussage distanziert.

Wir als AfD-Fraktion fordern eine umfassende Prüfung über die Mittelvergabe an sogenannte „Demokratieprojekte“ im Land, die oftmals nichts anderes sind, als getranke linksideologische Bündnisse zur Bekämpfung der Opposition.



Echte Meinungsfreiheit garantieren

Wir wollen unsere Heimat bewahren und unsere demokratische Kultur revitalisieren. Im politischen Meinungskampf muss Chancengleichheit herrschen. Die Neutralität des Staates darf zu keinem Zeitpunkt zweifelhaft sein, seine Ressourcen dürfen nicht parteilich eingesetzt werden.

Das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz werden von den Altparteien zur gezielten Diskreditierung und Unterdrückung der demokratischen Opposition missbraucht. Wir treten dieser insbesondere gegen uns als größter Oppositionspartei im Land Mecklenburg-Vorpommern gerichteten Instrumentalisierung des Verfassungsschutzes entschieden entgegen. Der Verfassungsschutz darf kein Schutz der Regierung vor unerwünschter, aber selbstverständlich legitimer Kritik sein.

Der Verfassungsschutz hat lediglich dazu beizutragen, staatsgefährdende Handlungen wie beispielsweise von islamistischen Organisationen zu unterbinden, nicht aber die Gesinnungen von Bürgern zu bewerten und in die Willensbildung von Parteien einzugreifen. Die AfD-Landtagsfraktion lehnt eine derartige ideologische Durchdringung des Staates ab, weil sie zwangsläufig in einen Gesinnungsstaat führt, der mit rechtsstaatlicher Freiheit und Grundrechten nicht vereinbar ist.



48%

denken, dass der Verfassungsschutz für politische Zwecke missbraucht wird.



Unsere Forderungen

Stärkung der Sicherheitsbehörden

- ▶ Angriffe auf Amtsträger härter bestrafen.
- ▶ Zusätzliches Personal für Polizei und Justiz durch offensive Anwerbekampagnen.
- ▶ Bessere und zusätzliche Ausrüstung mit Tasern und Bodycams.

Opferschutz statt Täterschutz

- ▶ Schnellere Abschiebungen von ausländischen Straftätern.
- ▶ Null-Toleranz-Strategie bei Sexualstraftaten und Rohheitsdelikten.

Sicherheit im öffentlichen Raum

- ▶ Videoüberwachung an besonderen kriminalitätsbelasteten Orten.
- ▶ Mehr Präsenz von Polizei und Ordnungsamt im öffentlichen Raum.
- ▶ Mehr Straßenbeleuchtung an öffentlichen Plätzen.
- ▶ Keine weitere Verschärfung des Waffenrechts.



Kontrolle statt Container

- ▶ Dauerhafte stationäre Grenzkontrollen.
- ▶ Ausweitung der Abschiebehafkapazitäten.
- ▶ Strafverschärfung des Tatbestandes der Menschenschlepperei.
- ▶ Ermöglichung der Unterbringung nicht abgeschobener Krimineller im Ausland

Echte Meinungsfreiheit

- ▶ Keine öffentlichen Finanzmittel für linksideologische Vereine und Bündnisse.
- ▶ Linke Gewalt entschieden bekämpfen.
- ▶ Fundamentale Reformierung des Landesamtes für Verfassungsschutz.
- ▶ Weisungsfreie Staatsanwälte und Richter.

